



(Posener Warte)

Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzelle (90 mm breit) 75 Gr.

Und dann haben wir ja nichts weiter, was uns  
Geduld — und der Protest! Freilich zum Protest darf  
man nicht zu oft greifen, um seine Wirkung nicht zu schwächen.  
Und wir Deutschen in Polen, wir protestieren nur dann, wenn  
die größte Noth uns dazu zwingt, wenn alle anderen Wege  
vergeblich gegangen sind. Wer kann es uns nachtragen  
wenn wir nach allen den Erwartungen auf eine endgültige  
Spruch, auf eine wirkliche Entscheidung jetzt  
unsere Stimme erheben, um endlich zu erfahren, was unsere  
Los, was unsere Zukunft ist? Fünf Tage sind seit dem Schieds-  
pruch dahin, und was darinnen steht, das wissen wir  
noch immer nicht! Wir rufen nach der Gewiß-  
heit — denn diese allein kann uns die Kraft und das Ver-  
trauen zu unserer Aufgabe, zur Erfüllung unserer Pflichten  
wiedergeben.

Nachdem ich von dem Ergebnis der Unterredung Kenntnis genommen habe, die Sie seit Ihrer Ankunft in Warschau mit den Vertretern des Ministeriums für Agrarreform gehabt haben, beehre ich mich, Ihnen zu einer Regelung der Entschädigung der Anwesenden folgende Vorschläge zu unterbreiten, die in dem Beschluß des Völkerbundesrates vom 3. Februar 1923 erwähnt sind.

der durch den Brief des Rates vom 26. April 1923, wie auch durch den Beschluß des Rates vom 17. Dezember 1923 ausgesetzt ist.

§ 1. Als unter die oben angeführten Beschlüsse fallend werden angesehen und teil an der Entschädigung haben diejenigen Kolonisten, welche die polnische Staatsangehörigkeit geltend machen konnten am Datum, wo das Gesetz vom 14. Juli 1920 (Dz. Nr. 27, 7. 1920, Nr. 62, 1920) auf ihre Ansiedlungen angewendet wurde. Selbstverständlich wird diese Bestimmung in gleicher Weise auf diejenigen Personen angewendet, deren polnische Staatsbürgerschaft festgestellt werden wird auf Grund des zwischen Deutschland und Polen zu schließenden Vertrages, der das Ergebnis der jetzt in Wien schwebenden Verhandlungen sein soll, die gemäß dem Beschluß des Völkerbundes vom 14. März 1924 unter dem Vorsitz des Herrn Kaedenbed geführt werden.

§ 2. In Anbetracht dessen, daß die Zahl der in § 1 erwähnten Personen zurzeit noch nicht festgestellt werden kann, wird die polnische Regierung als Abschlagszahlung eine Summe von 2.700.000 Zloty (Goldfranken) zahlen, die der für 500 Personen zu leistenden Entschädigung entspricht. Wie diese Summe berechnet worden ist, zeigt die Anlage. Wenn die Zahl der betr. Ansiedler um ein Zwanzigstel die Zahl 500 übersteigt, so wird die polnische Regierung verhältnismäßig die Summe von 2.700.000 Zloty erhöhen nach den für die verschiedenen Kategorien der Anlage festgesetzten Durchschnittszahlungen.

§ 3. Die unter § 2 erwähnte Summe wird als Abschlagszahlung eines „Entschädigungsfonds für Ansiedler“ eingezahlt werden, und zwar in den vom Minister für Agrarreformangelegenheiten angegebenen öffentlichen Kassen des polnischen Staates (die eine in Posen, die andere in Graudenz) innerhalb Monatsfrist nach dem Datum, in welchem der Völkerbund den Bericht seines Komitees zur Kenntnis genommen hat. Die Verteilung dieser Summe unter die Interessenten wird ausgeführt durch einen Vertrauensmann der polnischen Regierung, der vom Minister für Agrarreform bezeichnet wird. Derselbe wird sich mit den interessierten Ansiedlern oder mit ihren individuellen oder kollektiven Vertretern verständigen. Seine Entscheidungen in Sachen der Verteilung werden endgültig sein und nicht der Berufung unterliegen. Die polnischen Behörden werden diesem Vertrauensmann die nötige Unterstützung und die erforderlichen Nachweise liefern.

§ 4. Die Ansiedler, die ihren Anteil an der Entschädigung fordern, müssen dem Bureau dieses Vertrauensmannes ihr Gesuch einreichen, das gestützt ist auf Urkunden, die sowohl ihre polnische Staatsangehörigkeit an dem in § 1 bestimmten Zeitpunkt, wie auch ihre Eigenschaft als Ansiedler nachweisen, und zwar in einer Präzisionsfrist von zwei Monaten nach dem Datum, an welchem der Völkerbund den Bericht seines Komitees zur Kenntnis genommen hat.

Jedoch werden die Ansiedler, deren polnische Staatsangehörigkeit erst auf Grund des Wiener Abkommens (§ 1) festgestellt werden wird, die Möglichkeit haben, ihr Gesuch in der Präzisionsfrist von zwei Monaten nach dem Inkrafttreten des Abkommens einzureichen.

Die polnische Regierung wird den entschädigten Ansiedlern, welche im Auslande wohnen oder Polen verlassen wollen, die Möglichkeit gewähren, die erhaltene Entschädigungssumme frei von allen Abgaben auszuführen.

Wenn drei Monate nach dem Inkrafttreten des oben erwähnten Abkommens festgestellt wird, daß die Zahl der betr. Ansiedler nicht 400 Personen übersteigt, so wird die Summe von 2.700.000 Zloty um 20 Prozent vermindert; wenn ihre Zahl nicht 300 übersteigt, so wird die Summe um 35 Prozent vermindert.

Ich benutze die Gelegenheit, Herr Delegierter, Ihnen nochmals meine vorzügliche Hochachtung auszudrücken.

(gez.) Moritz Jamoyski.

## Anhang.

Berechnung der Pauschalsumme von 2.700.000 Zloty (Goldfranken), die unter 500 Ansiedler verteilt werden soll.

Diese Berechnung ist aufgestellt auf der Grundlage von 264 einzelnen Fällen, nämlich: 230 Rentenüberträge und 34 Pachterträge.

Kategorie 1. Die 230 Ansiedler haben zu verschiedenen Zwecken, aber besonders für die Gebäude, eine Summe von 1.158.435 Goldmark ausgegeben, von welchen abzuziehen ist als Gleichgewicht für Leistungen an den Staat die Summe von 310.233 Goldmark. Zu dieser Summe ist hinzuzurechnen als Entschädigung für die allgemeinen von den Ansiedlern erlittenen Verluste die Summe von 233.798 Goldmark, so daß sich für 230 Ansiedler eine Gesamtschuldsumme von 1.091.000 ergibt.

Kategorie 2. Die 34 Ansiedler, welche Pachter sind, werden angesehen als berechtigt zu einer Entschädigung durch eine Gesamtschuldsumme von 50 Prozent derjenigen Summe, welche 34 Ansiedler der Kategorie 1 erhalten, das macht für 34 Ansiedlerpächter die Summe von 79.900 Goldmark aus.

Brief des delegierten Sachverständigen an den Grafen Jamoyski, Warschau, den 9. Juni 1924.

Herr Minister!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Briefes vom 3. Juni zu bestätigen, durch den Sie mir die Vorschläge der polnischen Regierung zur Regelung der Entschädigung der Ansiedler deutscher Herkunft mitgeteilt haben.

Ich habe nicht verfehlt, diese Vorschläge sofort den Mitgliedern des Komitees des Völkerbundes mitzuteilen, welches von dem Räte beauftragt war, diese Frage zu behandeln. Die Mitglieder des Komitees haben mich wissen lassen, daß sie auf Grund der dem Komitee durch den Beschluß des Rates vom 15. März erteilten Vollmachten die Vorschläge der polnischen Regierung annehmen. Genehmigen Sie usw.

(gez.) Godefroy Billimore.

## Die Entschädigung der Ansiedler.

Senator Hassbach — Vertrauensmann.

Bekanntlich lief die Ausschlußfrist, binnen welcher die Ansiedler polnischer Staatsangehörigkeit, die gemäß Beschluß des Völkerbundes entschädigt werden sollen, ihren Entschädigungsantrag einzureichen hatten, nach den bisherigen Bestimmungen mit dem 17. August ab. Diese Ausschlußfrist ist nunmehr bis zum 17. September verlängert worden.

Senator Hassbach, der Vorsitzende der Deutschen Fraktion im Senat, ist zum Vertrauensmann der polnischen Regierung ernannt worden und wird die Verteilung der ausgeworfenen Entschädigungssumme vornehmen.

## Sigung des Sejm.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

Angenommen wurde ein Gesetz, das die Abgaben beim Übergang von Immobilien in eine andere Hand von 6 Prozent auf 4 Prozent herabsetzt.

In zweiter Lesung wurde hierauf das Gesetz über die Einrichtung des Spiritusmonopols angenommen. Auf Antrag Diamants werden auch Weindestillate als eine höhere Spiritusgattung angesehen, die auch höher besteuert werden. Ein Prozent der Einnahmen aus dem Monopol wird zur Bekämpfung des Alkoholismus (Einrichtung von Trinkereisstätten usw.) verwendet. Ferner wurde beschloffen, daß vom 1. Januar 1924 ab die Stogessenen für den Kleinverkauf von Spiritus erlaubt werden sollen und alsdann die Monopolverwaltung selbst

Detailgeschäfte eröffnet, die den Invaliden und ihren Witwen übertragen werden.

## Das Ermächtigungsgesetz

wird zunächst vom Berichterstatter Chacinski verteidigt. Das diesjährige Defizit von 187 Millionen Zloty soll durch außerordentliche Einnahmen gedeckt werden, was beweist, daß das Gleichgewicht des Budgets immer noch nicht voll hergestellt ist. Außerdem verlangt die wirtschaftliche Krise, die eine Verminderung der Einnahmen zur Folge haben muß, die höchste Beachtung. Er berührt nun die einzelnen Punkte, die von der Kommission geändert oder vom Ermächtigungsgesetz ausgeschlossen werden. Die Beihilfe des Staates für den Bau von Schulen wird auf 50 Prozent beschränkt. Es kommt nun die wichtige Erklärung Putes von der Wyzwolenie, daß seine Partei gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen werde, denn die Partei sei zu der Ansicht gekommen, daß sie der Regierung unter der jetzigen Situation eine Vollmacht nicht erteilen könne. Die Vollmacht bedeute eine Beleidigung für die Partei und das polnische Volk, wenn gleichzeitig Tausende von Volksschulen fehlen, und die Kredite für die Schaffung von Schulen von der Regierung nicht erteilt werden. Auch verlange die Regierung die Macht für Zwecke, die ihr die Verfassung nicht zugehört und ihre wachsende Macht verkleinere die Rechte des Sejm. Nun spricht

## Ministerpräsident Grabski

einbringlich und mit einer innigen Leidenschaftlichkeit, der man es anmerkt, daß ihm die Dinge, die er vorträgt, am Herzen liegen. Er habe nirgends bei seinen Forderungen ein Ultimatum gestellt. Man habe das bereits in der Kommission gesehen, die zahlreiche Änderungen vorgenommen habe. Allerdings habe hiermit auch die Kommission die Möglichkeiten für die nötige Sparsamkeit eingeschränkt. Er verteidigt die Maßregel, daß für die Schulen nur 50 Prozent Staatszuschuß gegeben werde, zumal die Gemeinden bei der Errichtung von Schulen und ihren Bauten oft genug im Vertrauen auf den Regierungszuschuß, nicht die nötige Sparsamkeit in acht nehmen. Die Regierung denke nicht daran, den Sejm und seine Rechte zu mißachten.

Perl von den Sozialisten ist ebenfalls gegen die Sparsamkeit der Regierung im Schulwesen. Der Wunsch der Regierung, Vollmachten zu erhalten, wachse sich zu einem System aus, das die Rechte des Sejms einschränkt. Sie betreffen diesmal nicht allein die Zwecke der Sanierung, sondern sie gehen weit darüber hinaus. Sie geben der Regierung z. B. das Recht, die Reorganisation der Verwaltung, so wie es ihr gefällt, durchzuführen. Es sind sogar der Regierung Rechte gegeben, wie das, die Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers aufzuheben. Die Parteien der Rechten schämen sich, die Aufhebung selbst zu beantragen, deshalb geben sie diese Möglichkeit in die Hand der Regierung. Er verweigert also der Regierung die Erteilung der Vollmacht. Denn wenn der Regierung ein Stanislaus Grabski beitrete, so stieße sie bereits vor ihrem Falle. Weshalb nun gerade Thugutt das Außenministerium übernehme, könne er nicht herleiten. Die vorgenommene Neubildung erwecke bei den Sozialisten kein Vertrauen. Grabski als Finanzminister könne der Unterstützung für würdig erklärt werden. Nicht aber seine Politik der Vollmachten und seine Umformung des Kabinetts, so wie er sie vorgenommen hat.

Auch die jüdische Gruppe (Krofta spricht) ist gegen die Bevollmächtigung, ebenso der Weiskrusse Rogula und der Ukrainer Strzypa.

Die Weiterberatung wird auf morgen verlagert.

## Vom Sejm.

Der Sejm nahm während seiner gestrigen Beratungen, die um 10 Uhr vormittags begannen, in dritter Lesung das Gesetz an, das Stempel- und Kommunalabgaben ändert, ferner das Gesetz über die Deduktion von Haushaltsfehlbeträgen für das Jahr 1924 in Dorfgemeinden des ehemals russischen Teilgebietes. In zweiter und dritter Lesung wurde das Gesetz über den Terminaufschub für das Inkrafttreten der Vorschriften über die soziale Fürsorge in Posen und Pommern mit einer Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, die Umfizierung dieser Vorschriften zu beschleunigen. In zweiter Lesung nahm der Sejm nach dem Referat des Abg. Rozkowski vom Nat. Volksverband trotz des Protestes des Abg. Piotrowski von den Sozialisten das Gesetz an, das die Durchführung der normalen Kommunalwahlen im ehemals preussischen Teilgebiet aufhebt. In zweiter und dritter Lesung wurde ein Gesetz angenommen, das den Artikel 20 der polnisch-französischen Handelskonvention ergänzt.

Bei den weiteren Sejmberatungen über das Vollmachtsgesetz erklärte der Abg. Osiecki von der Piastpartei, daß das Verhältnis seines Klubs zur gegenwärtigen Regierung eigentlich oppositionell sein müsse, da durch die Durchführung der Sanierung die Landwirtschaft fast ganz verarmt sei. Doch hier komme das Staatsinteresse in Frage. So bleibe denn mit Rücksicht auf das Budget, das ein Defizit von 189 Millionen Zloty vorliegt, kein anderer Weg übrig, als neben der eventuellen Auslandsanleihe der Weg der Sparsamkeit. Und auf diesem Gebiete müsse die Regierung von seinen der Kammer Unterstützung haben. Deshalb werde die Partei des Redners für das Gesetz über die Vollmachten für die Regierung stimmen.

Abg. Waszczuk erklärte, daß der Klub der Ukrainer in scharfer Opposition herbeie und verlangt, daß im Sinne des Artikels 26 der Verfassung der Sejm sich aufzulösen beschließe.

Abg. Popiel von der Nat. Arbeiterpartei hebt hervor, daß die in der ersten Sanierungsperiode erteilten Resultate zweifellos erheblich und für die Kontinuität dieser Arbeiten die gegenwärtigen Vollmachten begründet seien.

Bei der eingehenden Diskussion wurden eine ganze Reihe von Verbesserungen eingebracht.

Abg. Lypaciewicz von der Wyzwoleniegruppe erklärt, daß seine Partei gegen das Vollmachtsgesetz stimmen müsse, wenn gewisse Punkte durchlämen, u. a. Punkt 9 über die Einschränkung der Staatshilfe für den Bau von Volksschulen auf 50 Prozent der Baukosten.

Im Zusammenhang damit hielt der Ministerpräsident, um nicht der Absicht bezichtigt zu werden, die Leistungen für das Schulwesen zu verringern, diesen Punkt nicht aufrecht.

Abg. Rubiz von den Christlich-Nationalen verlangt, daß die Reduktion der Feiertage im Einkommen mit den Kirchenbehörden vollzogen würde.

In der Abstimmung wurde der Vorschlag eliminiert, der die Streichung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten betrifft. Ferner wurde ein Punkt eingeführt, der die Regierung dazu ermächtigt, den Territorialorganismus der Grenzen der Wojewodschaften Wilna, Nowogrod, Pommern und Posen zu ändern. Auf Antrag des Abg. Chadajski von der Nat. Arbeiterpartei wurde zu dem Punkte der den Abg. der aus dem Staatsfiskus erhaltenen Naturalwerte von den Befolgungen der Staatsfunktionäre betrifft, der Vorbehalt hinzugefügt: „Ohne Entlastung des Gesetzes über die Befolgung der Staatsfunktionäre und des Militärs vom Jahre 1923.“

Gestrichen wurde der Punkt, der von der Einschränkung der finanziellen Staatshilfe für den Bau von Volksschulen auf 50 Prozent der Baukosten handelt. Angenommen wurde eine Verbesserung dahin, daß das Salzmonopol sich nicht auf die Produktion, sondern nur auf den Verkauf erstrecken soll. Eine weitere Verbesserung, die zur Annahme gelangte, lautet dahin, daß die neuen Vorschriften betreffs öffentlicher und privatrechtlicher Verpflichtungen nicht die bereits vorher herausgegebenen Vorschriften antasten sollen. Die Vollmachten betreffs Einschränkung der Zahl der Feiertage wurde gestrichen. Mit 184 gegen 131 Stimmen wurde ein Antrag auf Streichung des Gesetzes bezüglich der Festlegung der Eigentumsrechte hinsichtlich derjenigen

Immobilien, deren Besitz in der Auslegung des Versailler Vertrages und des Vertrages von St. Germain strittig ist, abgelehnt. In namentlicher Abstimmung lehnte der Sejm mit 182 gegen 122 Stimmen eine Verbesserung des Abg. Putes, die Worte St. Germain zu streichen, ab. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung angenommen.

Wizemarschall Osiecki ging darauf nicht ein, den Antrag des Abg. Waszczuk über die Auflösung des Sejms zur Abstimmung zu geben, da dieser Antrag in keinem Zusammenhang mit dem Gesetz stand.

Die Beratungen werden heute, am Donnerstag, um 3 Uhr nachmittags fortgesetzt.

## Krise in der Wyzwolenie.

Thugutt tritt aus der Partei aus. — Wer wird nun Außenminister?

In den „Depeche Boranne“ ist heute folgende sensationelle Meldung zu lesen:

„In der gestrigen Sitzung der Wyzwolenie legte nach einer Sondermeldung des „Kurjer Poznanski“ der Abg. Thugutt den Vorsitz nieder und trat aus dem Klub aus. Am 10 Uhr abends besuchte Thugutt den Ministerpräsidenten und erklärte ihm, daß er das ihm angebotene Außenministerposten nicht annehmen könne. In der Klubführung des Verbandes der polnischen Volksparteien Wyzwolenie und Jednostka Ludowa erklärte Thugutt im Zusammenhang mit den Pressegerüchten, daß er sich entschlossen habe, den Vorschlag, in das Kabinett einzutreten, nicht anzunehmen. Zugleich erklärte er, daß er aus dem Klub austrete, und verließ darauf die Sitzung. Der Klub hat Thugutt eine einstimmige Dankagung für seine bisherige Arbeit ausgesprochen.“

Nach dieser Meldung zu urteilen, will es scheinen, als ob noch kurz vor Beginn der Sejmferien eine „kleine“ Parteikrise sich anbahnen möchte. Herr Thugutt hat noch vorgestern erklärt, daß er Außenminister sein wollte, ob das seinem Klub angenehm sei oder nicht. Nun hat der Klub in der letzten Sitzung rebozziert und durch Putes erklären lassen, daß die Wyzwolenie nicht für das Budget stimmen würde. Also eine vollkommene Obstruktion gegen ihren ersten Führer. Ob das, was nun heute gemeldet wird, eine Folge dieser Politik Thugutts gegen die Partei ist, oder ob Thugutt zu diesen Konsequenzen gedrängt wurde, weil er sich gegen den Willen der Partei zum Außenminister machen lassen wollte, — ist im Augenblick nicht nachzuprüfen. Auf jeden Fall ist wichtig, daß Herr Thugutt ins Hintertreffen gekommen ist, da er sich etwas zu unvorsichtig benahm. Eine Tatsache, die besonders bemerkenswert darum ist, weil Thugutt sonst zu den wirklich klugen und geschickten Parteimännern im Sejm gehört. Aber die ganze Angelegenheit wird noch in einem morgigen Leitartikel zu sehen sein.

Den Kisten des Außenministers hat nun Thugutt auch abgeliefert. Bleibt also auch diese Frage wieder ungelöst! Was werden wird, ist vorläufig noch ganz unklar.

## Republik Polen.

Vom Senat.

Der Senat nahm in seiner gestrigen Sitzung, nach dem Referat des parteilosen Senators Pasperowicz, acht Gesetze über die Durchführung von staatlichen Grundtiteln unverändert an.

Senator Raniowski von der Piastpartei referierte die Novelle zum Gesetz über die Qualifikation der Lehrer der Mittelschulen. Die Novelle wurde vom Senat unverändert angenommen. Senator Srednianski von der Piastpartei referierte die Novelle zu den im ehemals russischen Teilgebiet gültigen Bauvorschriften. Die Senatskommission schlägt gewisse Änderungen und Ergänzungen vor, von denen die wichtigste besagt, daß beim Bau neuer Dörfer die Bauentfernung einer Wirtschaft von der anderen nicht weniger als 30 Meter betragen soll. In der Aussprache brachte Senator Hempel vom Nationalen Volksverband eine Resolution ein, in der die Regierung aufgefordert wird, binnen drei Monaten ein Baugesetz vorzulegen, das den Bedingungen der Feuerficherheit entspricht. Das Gesetz wurde mit den Änderungen der Kommission und der Entscheidung des Senators Hempel angenommen.

Senator Redzior von der Piastpartei referierte die Novelle zum Gesetz über den Bau von Schiffsanlagen und die Regulierung schiffbarer Flüsse. Die Kammer beschloß ohne Diskussion die Änderung des Gesetzes nach dem Vorschlag der Kommission. Darauf ging man zum Antrag des Senators Stanislaw Romak von der Wyzwoleniegruppe und der Senatskommission über die Unterstellung des Schulwesens unter die Verwaltungshörde zweiter Instanz über.

In der Aussprache ergriß der Wigeminister Olbinski das Wort und unterstützte den Antrag des Verwaltungsausschusses, gegen den sich die nächsten Redner, Senator Kopeznicki von den Sozialisten und der jüdische Senator Braude erklärten. Die weitere Aussprache ist heute am Donnerstag, um 10 Uhr vor-mittags.

## Polens Küstenverteidigung.

Der Seereschiffbau des Sejms hielt unter dem Vorsitz Maczynski von den Christl. Nationalen eine Sitzung ab in der Frage der Verteidigung der polnischen Küste.

Minister Sikorski betonte, daß der Entwurf der Seehandelsbeziehungen und der Seebasis die Sorge der Regierung um ihre militärische Sicherheit nicht nur für Polen, sondern auch für dessen Verbündeten, für den Fall ihrer Mitwirkung gleichgültig müsse.

Minister Radoski legte zwei Programme für die Entwicklung der polnischen Seestreitkräfte vor. Das Maximalprogramm ist für 12 Jahre bestimmt und würde Polen u. a. 3 leichte Kreuzer, 6 Torpedobootsgeflüster, 12 Torpedobootsjäger, 12 Unterseeboote und 36 Torpedoboots für den Preis von 650 Millionen Zloty bei einer jährlichen Einlage von 50 Millionen geben. Das zweite Programm würde eine vierjährige Budgetanstrengung bedeuten, deren Ziel darin bestünde, Östingen für 12½ Millionen eine Landverteidigungsbasis, für 48 Millionen dem Lande 8 Unterseeboote, 1 Werkschiff zu geben und die bestehenden Einheiten der Kriegsmarine auszurüsten und entsprechend einzurichten.

Nach einer Rede des Abg. Baluska vom Nationalen Volksverband und des Abg. Sadzewicz vom Nationalen Volksverband, sowie des Abg. Maczynski, wurde ein Antrag des Abg. Stefan Dabrowski von der Christl. Demokratie auf Vorlegung eines Flottenbau-Programms einstimmig angenommen.

## Gastrecht.

Das Innenministerium hat mit der Verordnung vom 30. Juni allen Personen, die das Asylrecht in Polen genießen, das Recht freier Wahl des Wohnortes und freier Bewegung im Staatsgebiet mit gewissen Einschränkungen für die Wojewodschaften Lemberg, Tarnopol, Stanislawow, Wolhynien, Polesie, Nowogrod und den Verwaltungsbezirk von Wilna zugestanden. Personen, die das nämliche Recht auch im Gebiet der aufgeführten Wojewodschaften genießen wollen, müssen die Erlaubnis des betreffenden Wojewoden einholen.

## Einrichtung.

Wie aus Lemberg gemeldet wird, wurde in der Straffache gegen die Dynamitattentäter auf das Pulvermagazin Dietrich und Sokolowski, am Mittwoch das Urteil gefällt. Beide Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Die Verteidigung wandte sich telephonisch an den Staatspräsidenten mit der Bitte um Begnadigung. Infolge Ablehnung der Bitte wurde das Urteil drei Stunden später, und zwar am 2 Uhr 50 nachmittags, durch Erschießen vollstreckt.

## Das Programm der Londoner Konferenz.

Die Interalliierte Konferenz wurde gestern um 11 Uhr vormittags eröffnet. Eine Reihe Privatkonferenzen hat bereits gestern stattgefunden. Beim Zusammenritt der Konferenz werden, laut Mitteilung des „Daily Telegraph“, folgende Berichte vorgelegt werden: 1. Die deutsche Goldnotenbank, 2. die Organisation der deutschen Eisenbahnen und 3. den Plan der industriellen Schuldverschreibungen. Dem Berichterstatter desselben Blattes zufolge umfaßt das Konferenzprogramm folgender 10 Fragen:

1. Welche diplomatischen Dokumente sollen die Anwendung des Dawes-Berichtes regeln? Soll es durch ein oder mehrere Protokolle gegeben? Sollen die Protokolle von der Reparationskommission oder von internationalen Sachverständigen ausgearbeitet werden?
  2. Soll Deutschland eingeladen werden, auf dieser oder einer anderen Konferenz seine Meinung zu äußern, oder wird es ihm nur gestattet sein, seinen Standpunkt der Reparationskommission vorzutragen?
  3. Welcher Zeitpunkt wird vorgeschrieben werden für die Anwendung des Dawes-Berichtes, und welche Autorität — die Reparationskommission oder eine andere Körperschaft — soll erklären, daß der Dawes-Bericht in Wirksamkeit getreten ist?
  4. Sollen die Garantien bezüglich der Rheinisch-Westfälischen Eisenbahnen über die im Dawes-Bericht bereits vorgesehene Kontrolle hinaus verstärkt werden?
  5. Wann soll die gegenwärtige militärische Besetzung unsichtbar gemacht werden, und wann soll sie ganz aufhören?
  6. Wer soll die Bestimmungen des Dawes-Berichtes interpretieren: der Haager Schiedsgerichtshof, die Reparationskommission oder eine eigens zusammengestellte Körperschaft?
  7. Welche Körperschaft soll feststellen, ob Deutschland zu einem gegebenen Zeitpunkt seinen Verpflichtungen sich absichtlich entzogen hat, der Finanzausschuß des Völkerbundes oder die Reparationskommission ergänzt durch einen Amerikaner? Wer soll gegebenenfalls den Amerikaner ernennen, und welche Funktionen wird dieser im einzelnen haben?
  8. Auf welchem Wege sollen die Alliierten die deutschen Zahlungen erzwingen, wenn die dazu berufene Autorität eine böswillige Verweigerung Deutschlands festgestellt hat? Kommt keine Einigung über die Frage zustande, soll diese Frage dann einem Schiedsrichter vorgelegt werden, oder soll es jeder einzelnen Macht freistehen, beliebige Sanktionen zu verhängen?
  9. Unter welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt soll die erste 40 Millionen-Pfundsanleihe auf den internationalen Markt gebracht werden? Soll der Anleihe Priorität gegenüber allen deutschen Zahlungen eingeräumt werden?
  10. Sollen zwischen den alliierten Regierungen, als Ganzes oder einzeln, mit dem Übertragungsausschuß besondere Vereinbarungen über Verzinsungen und Schlichtungen getroffen werden?
- Als Bedingungen, unter denen die 40 Millionen-Pfundsanleihe ein Erfolg versprechen, wurden nach „Daily-Telegraph“ folgende sein: a) keine Veränderung des Dawes-Planes; b) der gute Wille Deutschlands; c) absolute Priorität für den Zinsendienst der Anleihe; d) Gewährleistung der störungslosen Durchführung der Anleihe; e) eine wirklich unparteiische Körperschaft zur Feststellung, ob Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt oder nicht; f) keinerlei Sanktionen ohne absolute Einigkeit aller Mächte und ohne Zustimmung der Vertreter der Geldgeber.

## Der erste Tag in London.

Gestern hat in London die große Konferenz begonnen, die durch die Besprechungen von Genève und Paris eingeleitet wurde. Wir wissen, was alles zwischen diesen Besprechungen liegt und sind über die außerordentliche Bedeutung der begonnenen Konferenz unterrichtet. Die Pariser und Londoner Blätter widmen ihr lange Leitartikel und betonen, daß diese Konferenz das wichtigste Ereignis seit dem Pariser Friedensschluß ist. Sie heben hervor, daß durch diese Konferenz die politischen Geschehnisse Europas vielleicht auf Jahrzehnte hinaus bestimmt werden, ja sogar entscheidend beeinflusst werden.

Die Teilnehmerzahl der Konferenz wird auf 200 Mitglieder geschätzt, und man rechnet mit einer Dauer von zwei Wochen. Am stärksten ist Frankreich auf der Konferenz vertreten, seine Delegation setzt sich aus 11 offiziellen Personen und über 50 Sachverständigen zusammen. Die belgische und italienische Delegation wird ebenfalls vertreten. Aber das verhältnismäßig kleine Belgien entsendet eine sehr eifrige Tätigkeit und empfindet sich an der Konferenz sehr groß. Der italienische Minister jagte bei seiner Ankunft in Dover einen Pressebericht:

„Ich fahre zur Konferenz mit Entschlossenheit und Hoffnung und bin sehr optimistisch bezüglich des Ausgangs der Konferenz. Italien wird seine bisherige Politik fortsetzen, den Wiederaufbau Europas auf einer wirtschaftlichen Basis zu sichern, und den Versuch machen, eine vollständige Befriedigung unter den Alliierten bezüglich der Frage, die seit dem Friedensschluß bis jetzt bestehen haben, herbeizuführen. Nach den Informationen, die aus London vorliegen, sind Anzeichen vorhanden, daß der Himmel über Europa sich aufzuklären beginnt.“

Wir wissen nicht, durch welche Brille der italienische Finanzminister Stefani sieht. Unserer Meinung nach sieht der Himmel außerordentlich trübe aus.

Amerika ist durch einen Vertreter an der Konferenz beteiligt, der wiederholt erklärte, daß er nur als Beobachter teilnehme und lediglich nach Washington berichten werde. Aus allen Äußerungen der amerikanischen Politiker und Geldgeber läßt sich aber ersehen, daß Amerika das Wirtschaftsmoment an die erste Stelle rückt. Über diesen Punkt spricht sich die „United Press“ ganz eindeutig und klar aus. Sie sagt bezüglich der deutschen Anleihe:

„Die Anleihe muß auf Goldbasis aufgelegt werden. Sie muß ein Prioritätsrecht gegenüber allen anderen Verpflichtungen genießen. Die Wiedergutmachungen müssen elastisch und nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands bestimmt sein. Die Reparationskommission muß von den in diesem Punkte zu treffenden Entscheidungen ausgeschlossen sein. Wenn die Reparationskommission ihre Rechte behauptet, so sei es nicht nur wenig wahrscheinlich, daß die Amerikaner eine bedeutende Summe zeichnen, sondern auch andere Kapitalisten würden ebenso wenig geneigt sein, zu zeichnen. Da der Dawesplan ein unentzerrbares Ganzes bildet, bei dem die Anleihe die einen vitalen Teil darstellt, könnte der Mißerfolg der Anleihe die Folgen haben, daß der ganze Plan zusammenbricht, was Deutschland, Frankreich und ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen würde.“

## Deutschland und die Londoner Konferenz.

### Erste Besorgnisse.

Deutschland kommt, wie wir schon in einem anderen Aufsatz betonten, bei dieser Konferenz in die Lage, an sich bei lebendigem Leibe einen schweren Einschnitt vollziehen zu lassen, und man verzweifelt, daß es dabei noch gute Miene machen. Die deutsche offizielle Politik, die selbst als demokratisch gekennzeichnet, außerordentlich großes Vertrauen auf die Demokratie Englands und Frankreichs setzte, ist bitter enttäuscht worden. Die Rede des Reichskanzlers heute, die am Sonntag sehr klar aus. Zu dieser Rede wird heute folgendes gemeldet:

Die ablehnende Aufnahme der Kanzlerverhandlungen vom Sonntagabend in der Entente-Press hat in Berlin die allgemeine Enttäuschung gesteigert. Der Kanzler hat am Sonntag zu seinen Parteifreunden ausdrücklich von ersten Besorgnissen gesprochen, denen er und die Reichsregierung gegenüberstehen, es sei aber für ihn unmöglich, die Gesekundäre im Reichstag durchzuführen, solange er nicht wisse, was die Londoner Konferenz diktiert.

Schon vor der Besprechung von Paris ging die Auffassung hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie Dr. Breitscheid in Paris auf eigene Faust deutsche auswärtige Politik gemacht habe. Die Bemerkungen Dr. Breitscheids wurden je nach dem Charakter der Blätter verschieden kommentiert. Er scheint aber von Serriot nicht ausnehmend lebenswürdig behandelt worden zu sein.

Heute behauptet die „Daily News“, die im übrigen nicht unfeindlich für Deutschland eingetreten sind, daß die deutschen Sozialisten und Pazifisten einen letzten Versuch unternommen hätten, in der englischen Arbeiterpartei eine Befürwortung der Zuziehung der Deutschen herbeizuführen, die offizielle Sitzung der Arbeiterpartei am Montag habe aber auf Antrag Henderson einstimmig abgelehnt, die bereits in London weilenden Genossen anzuhören, da dieses als Eingriff in die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei gedeutet werden könne.

Wenn die letzte Meldung stimmt, was wahrscheinlich ist, dann beweist sie wieder am besten, daß die deutschen Sozialisten doktrinär und weltfremd geblieben sind.

Die bevorstehende Einigung der Alliierten auf Kosten Deutschlands wird auch in einer Brüsseler Meldung bestätigt, derzufolge der sozialistische Führer Belgiens Vandervelde in der Kammer am Sonntagabend erklärt hat, die Alliierten müßten zusammenstehen, um Deutschland zur Annahme der Dawesforderungen zu zwingen. Die Ruhe könne vor Erfüllung des Dawesgutachtens nicht geräumt werden.

Ganz allgemein läßt sich wohl sagen, daß die Stimmung in Deutschland verärgert ist, und man allem Anschein nach nicht geneigt ist, ein zweites unerfüllbares Diktat in London anzunehmen. Der Reichstag ist sich der Bedeutung einer solchen Auffassung wohl bewußt. So stehen wir auch weitpolitisch vor außerordentlich schweren Entscheidungen, von denen Lloyd George sagte, wenn es in London nicht zum guten Ende kommt, dann gibt es ein Unheil.

## Deutsches Reich.

### Der englische Botschafter bei Stresemann.

Berlin, 16. Juli. Die für Dienstag anberaumten Besprechungen des Außenministers mit den Parteiführern finden nicht statt. Gestern nachmittag weilte der englische Botschafter im auswärtigen Amt und hatte mit Herrn Dr. Stresemann eine Besprechung. Vorausgesetzt werden erst nach Beginn der Londoner Konferenz, und nachdem die Reichsregierung klar steht, über die Stellungnahme der Konferenz zu den deutschen Wünschen, die Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern wieder aufgenommen. d. i. frühestens Ende dieser Woche, oder Anfang nächster Woche der Fall.

### Kommunistische Demonstrationen.

Berlin, 16. Juli. Kommunistische Demonstrationsgruppen zogen nach Schluß der gestrigen Landtagsitzung durch die Tiergartenviertel. Die Demonstration war am Großen Stern durch Schupoaufgebote zu Pferde abgeperrt, die auch das Vorübergehen der Demonstranten in die innere Stadt verhindern. Es kam zu keinen größeren Unruhen, doch wird mit einer Parallelektion der Berliner Arbeiterschaft für die Kommunisten im Landtag für die nächsten Tage gerechnet.

### Für den Anschluß an Rußland.

Berlin, 16. Juli. Die radikalen Betriebsräte Großberlins beschloßen gestern Abend in den Pharusälen, an dem Verfassungstag nicht teilzunehmen, die volle Arbeitszeit und Bezahlung an diesem Tage durch die Unternehmer und den Staat zu verlangen und bei einer eventuellen zwangsweisen Arbeitsruhe an diesem Tage Massenemonstrationen für den Anschluß an Sowjetrußland zu veranstalten.

### Um Verringerung der Abgeordnetenzahl.

Berlin, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Gesandte weilte gestern in der Reichskanzlei. Nach heute aus München vorliegenden Meldungen galt die Aussprache der erneut dringlich gestellten Forderung Bayerns nach beschleunigter Aenderung der Neuwahl des Reichspräsidenten und des Abbaus der Reichstagsmandate zum Zweck der finanziellen Erparnis. In Bayern wird die Zahl der Landtagsmandate auf ein Viertel herabgesetzt, die Vorlage der bayerischen Regierung geht noch im Sommer dem Landtag zu.

### Zu den Massenmorden in Hannover.

Hannover, 16. Juli. Der unter Verdacht der Mittäterschaft Gaarmann an den Morden verhaftete Kaufmann Grans hat sich gestern dem Untersuchungsrichter vorführen lassen. Er bestreitet die Mittäterschaft, behauptet aber, von 35 Morden Gaarmanns nachträglich erfahren zu haben. Er hätte der Polizei innerhalb eines Jahres mehrfach Anzeigen über Gaarmann erstattet, denen aber nicht nachgegangen worden wäre. Gaarmann nahm als „Kriminalbeamter“ wöchentliche Razzien in den hannoverschen Wirtshäusern vor.

## Vom Aufstand in Brasilien.

Über den Aufstand in Brasilien, besonders aber über die Kämpfe um St. Paulo werden sehr sich widersprechende Gerüchte laut. Nach diesen Mitteilungen sind bald die Aufständischen, bald die Regierungstruppen Herr der Lage.

Zu diesen Vorgängen teilt die brasilianische Gesandtschaft in Berlin folgendes Telegramm aus Rio de Janeiro mit:

„Da in den letzten Tagen über den Militäraufstand in Sao Paulo von der Presse viele falschen Nachrichten gebracht worden sind, hat die brasilianische Regierung festgestellt, daß alle diese Gerüchte aus Rio de la Plata stammen, wo ein Teil der ausländischen Pressevertreter tendenziösen Nachrichten zum Opfer fällt, die aus Rio Grande do Sul telephoniert werden.“

Der Militäraufstand beschränkt sich ausschließlich auf die Hauptstadt von Sao Paulo und hat sich über diese Stadt nicht ausgebreitet. Die Bundesstruppen, die im Besitz der Stadt sind, haben die Aufständischen niedergeworfen, umzingeln Sao Paulo und sind bereits in die Mitte der Stadt vorgedrungen, obwohl sie ihre Aktion nicht beschleunigen haben, um die Stadt so viel wie möglich zu schonen. Die Artillerie, die von Flugzeugen unterstützt wird, beschränkt sich in diesem Augenblick auf die Zerstörung der Kasernen und der Lebensmittellager der Aufständischen, während sie die Infanterie einstellt und ihnen den Rückzug abschneidet. Heute Abend hat die Kavallerie viele Gefangene gemacht und 21 Maschinengewehre genommen. Die Zentralbahn, die auf einer kurzen Strecke unterbrochen war, ist bis Mogi das Cruzes wiederhergestellt worden. Entmutigung herrscht bei den Aufständischen, die einen Unterhändler geschickt haben. Die Operationsleitung hat seine Vorschläge mit der Erklärung zurückgewiesen, daß sie nur eine bedingungslose Übergabe annehmen könne. Die Lage ist für die legeren Truppen, deren Überlegenheit überall herortritt, ausgesprochen günstig. Die Operationen dauern mit sichtlichem Fortschritt an.

## Aus anderen Ländern.

### Amerika für Zulassung Deutschlands zu der Londoner Konferenz.

Washington, 16. Juli. In hiesigen politischen Kreisen, die über die Ansichten der Regierung sehr gut unterrichtet sind, wurde auch heute wieder ausdrücklich betont, daß man es als einen Fehler ansehen würde, wenn man Deutschland auf der Londoner Konferenz nicht zu Worte kommen lasse. Man weiß darauf hin, daß der Wert einer freiwilligen Unterwerfung Deutschlands ganz andere Garantien böte für die Durchführung übernommener Verpflichtungen als ein zwangsweises judiziertes Ultimatum. In einer freiwilligen Unterwerfung Deutschlands würde die amerikanische Finanzverwaltung allein die Garantie dafür sehen, daß die zwischen Deutschland und seinen Kontrahenten getroffenen Vereinbarungen endgültig und daher von Dauer sind. Von der endgültigen und dauerhaften Lösung der Reparationsfrage aber hängt das letzte Ende der Ausfall der im Dawes-Bericht vorgesehene Auslandsanleihe ab. Aufgabe der Londoner Konferenz sei

es schließlich, die friedliche Fortentwicklung des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet sicherzustellen.

### Krieg dem Krieg.

Genf, 16. Juli. Die „Humanité“ meldet: In der französischen Kammer hat sich eine Gruppe für die Bekämpfung des Krieges gebildet, der bereits 220 Abgeordnete angehören. Briand und Painlevé wurden zu Ehrenpräsidenten ernannt. Präsident ist Denessy.

### Die energische Türkei.

Der Pariser „Matin“ meldet aus Angora: Die türkische Regierung fordert die Abberufung des Sowjetvertreters wegen kommunistischer Propaganda. Die Note der Türkei an Moskau ist bis zum 26. Juli befristet und droht die Abberufung des russischen Vertreters an. Dem „Matin“ zufolge wurde auch in Smyrna ein Mitglied der russischen Delegation wegen Hochverrat verhaftet und dem türkischen Gericht zur Aburteilung übergeben.

### Die Unruhen in Brasilien.

Rotterdam, 16. Juli. Reuters meldet aus Rio de Janeiro drastisch: Die Regierung hat die Forderung der in St. Paulo eingerückten meuternden Truppen nach ihrer Demission abgelehnt und sich zum bewaffneten Widerstand entschlossen. Bei der Einnahme von Santos durch die Revolutionäre wurden viele Europäer getötet. Die Regierung hat für die treugebliebenen Provinzen die Mobilisierung verfügt.

### Die gewissenhafte Reparationskommission.

Genf, 16. Juli. Einer Japansnote zufolge ist die Reparationskommission Montag zusammengetreten, um die seit dem 1. Januar rückständigen Forderungen an Deutschland aufzustellen, die der Londoner Konferenz vorgelegt werden sollen. Die französische Delegation ist beauftragt, für die nachträgliche Leistung der rückständigen Lieferungen durch Deutschland, unabhängig von den Verpflichtungen des Dawesplans, einzutreten.

## In kurzen Worten.

Die erste Radiodiode ist am Sonntagabend in Hamburg eröffnet worden. Sie begann ihren Betrieb mit 50 Anschlüssen.

Der Reichsparteitag der Deutschvölkischen Freiheitspartei und Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei findet am 15., 16. und 17. August d. J. in Weimar statt.

Detlev v. Siliencrons Nachlaß ist von der Stadt Hamburg auf Antrag des Senats erworben worden.

Epidemie in Halle. In der Stadtverordnetenversammlung wurde mitgeteilt, daß in den letzten drei Wochen in Halle 40 Typhusfälle vorgekommen seien, von denen zwei tödlich verlaufen seien. Die Erkrankungen seien in erster Linie auf den Genuß schlechter Milch zurückzuführen.

Die Gewerkschaften bei Paris. Dienstag nachmittag 5 Uhr fand im Reichsernährungsministerium in Berlin eine Besprechung des Ministers Grafen Rantzau mit den Gewerkschaften statt. Zur Debatte standen Aussprachen über die Ernährungs- und Wirtschaftslage, sowie die Lage der Landwirtschaft, verbunden mit der Frage des Schutzzolles.

Am Sonntag Abend überschlug sich bei Walsingen ein Stuttgarter Automobil. Die sieben Insassen, vier Herren und drei Damen, wurden herausgeschleudert. Ein Herr war sofort tot, die drei anderen wurden schwer verletzt und starben im Laufe der Nacht. Die Damen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Verbotener „Deutscher Tag“. Der völkische Block in Neuburg an der Donau für den 12.-13. Juli einen „Deutschen Tag“ geplant. Die bayerische Staatsregierung hat die vorgesehene Veranstaltung verboten.

## Letzte Meldungen.

### Ein schweres Eisenbahnunglück bei Zittau.

Aus Zittau kommt die Meldung, daß sich auf der Strecke Wernsdorf-Bodenbach ein schweres Eisenbahnunglück ereignete. Ein Bremser hat dabei in vorbildlicher Weise seine Pflicht getan, ohne das Unglück abzuwenden zu können. Er selbst ist dabei zu Tode gekommen. Die Zittauer Meldung lautet folgendermaßen: „Von dem um 9 Uhr abfahrenden Güterzug lösten sich hinter der Station St. Georgenthal 27 Wagen ab und sauchten mit 120 Kilometer Geschwindigkeit nach Wernsdorf. Der Schlussbremser Ostermann aus Bodenbach tat bis zum Schluß seine Pflicht und bremste so stark, daß die Räder glühten und die Unterstellte Feuer fingen. Die Wagen durchführten mit großer Geschwindigkeit die S-Kurven, ohne zu entgleisen, durchschlugen einen Frellbock und stürzten dann in die Talniederung, wo sie einen wüsten Trümmerhaufen bildeten. Die Wagen waren zum größten Teil mit für Ungarn und Südslawen bestimmten Waren beladen. Der Bremser liegt tot unter den Trümmern. Ein Sitzzug aus Wernsdorf und den umliegenden Bahnhöfen ist für die Aufräumarbeiten eingetroffen, bis zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen werden.“

### Wachsende Unruhe in Italien.

Zürich, 17. Juli. Aus Rom wird gemeldet: Bei dem Faschistenkum auf das Gewerkschaftshaus in Bologna gab es drei Tote und viele Verwundete.

### Amerika bleibt reserviert.

London, 17. Juli. Reuters meldet aus Washington: Im Staatsdepartement zeigt man sich reserviert über die Londoner Konferenz. Hohe Beamte des Weißen Hauses erklären, daß der amerikanische Botschafter in der Konferenz keine aktive Rolle spielen könne, da es dazu einer besonderen Ermächtigung durch den Senat bedürfte.

## Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Sibra; für Stadt und Land Rudolf Herberichsmeier; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil für Robert Sibra; für den Anzeigenteil i. V. S. Sibra. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

## KINO APOLLO

Ab Freitag, 18. Juli, 6, 8 Uhr.  
Sonn- und Feiertags ab 4 Uhr.

Erotisches Drama aus dem Leben der Kunstmalers hinter den Kulissen unter dem Titel

## Modelka

mit Corine Griffith, welche mit dem ersten Auftritt sich die Sympathie des Publikums erwirbt, weil sie zauberisch schön und im Spiel ergreifend ist.

Außer d. Programm: Wochenchrift Goumont und Oli in Aufnahmen aus der Olympiade in Paris und die letzten Tage in Polen. Jeder kann sich selbst im Film sehen.

Pariser Tanzduett.

**Stickgarn- und Sumperwollenfabrik**  
sucht für Posen u. den dortigen Bezirk  
**Vertreter**  
oder Provisions-Reisenden  
zum Verkauf von wollenen u. baumwollenen  
Stickgarnen und Sumperwollen usw. an  
Warenhäuser und Detaillisten.  
Ausführl. Offerten mit Bezirksangabe und Ref. an die  
Posener Zeitung, Posener i. Sa., unter R. C. 20 erbeten.

**1 Cyklonette, 3 PS., 3 sitzig.**  
1 Cyklonette, 10 PS., 4 sitzig mit Schutzscheibe,  
messer etc.  
1 Auto (Adler) 8—22 PS., 4 sitzig, offen, mit  
zu verkaufen.

**Marjan Namysł,**  
Poznań, ul. Skarbowa 3, Teleph. 3700

**Haare**  
sowie sämtliche  
Haarersatzteile  
Toilettartikel  
Parfümerien  
Wasserflasken usw.  
kauft man am  
besten bei  
**St. Wenzlik,**  
Poznań  
M. Marcinkowski 19

**Berchiedenes**  
Welcher geb. selbst. Landwirt  
bietet geb. Dame vom Lande.  
31 Jahre alt, ev., sonnig, tiefes  
Gemüt, musk., Penz. u. Frau-  
enschule besucht, tücht. u. rege  
aus guten Verhältnissen, eine  
**Heimat durch  
bald. Heirat?**  
(Ausstattung, Klavier, Möbel,  
leb. u. tot. Inventar u. viele  
andere landw. Sachwerte als  
Mitgabe). Off. mögl. m. Bild  
unter **N. 3. 8413** an die Ge-  
schäftsstelle d. Blattes erbeten.

**Oberinspektor**  
Mitte 30er. kath., wünscht geb.  
Fräulein auch Witwe zwecks  
**Heirat**  
kennen zu lernen. Off. m. Bild  
u. **8401** a. d. Geschäftsst. d. Bl.  
**Wirtschaftsbeamter**  
25 Jahre alt, kath., polnisch.  
Staatsbürger sucht  
**Einheirat**  
in Landwirtschaft. Strengste  
Diskretion zugesichert. Ang.  
u. **8407** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

**Verschiedene Zementwarenformen,**  
600 Pfd. Farben, 3 Dachstein- u. 3 Fliesenmaschinen  
mit viel Unterlagsplatten dazu, 3 Durchschlagmaschinen,  
1 Mischmaschine, 250 Gipsstempel, 1 Schiffs-  
winde, sowie waggonweise Kloben-, Rollen-, Stubben-,  
Schwarzen-Brennholz, dicke Birkenbohle, erlene und  
birchene Sägespäne für Ränderzwecke, verlässlich, u.  
absolut sicheren, scharfen Waghund und verlässl. Ratten-  
und Kaninchenfänger suchen zu kaufen  
„SILVA“, Hurtownia drzewa, Wieleń.

**Günstige Einkaufsquelle!!**  
Sämtliche in- und ausländischen Artikel der  
Frisierbranche empfiehlt in großer Auswahl  
**Hurtownia dla fryzjerów**  
Poznań, ul. św. Marcina 29 (gegenüber der ul. Kantata).

**Oberinspektor-Administrator,**  
evgl., 32 J., unverh., in den letzten 4 Jahren 2 Güter mit  
Brennerei, Glaserfabrik, Rüben-, Vieh- u. Pferdezüchtung selbstg.  
verwaltet, sucht von sofort oder später Stellung, evtl. eig.  
Haushalt. Stellung wegen Liquidation aufgegeben.  
**Spalding, Jezewo, pow. Swiecie, Pom.**

**Bedigen Beamten**  
für Hof und Feld sucht vom 15. August  
Gutsverwaltung Gorzyn, pow. Międzybórz.

**Evangel. Lehrerstelle,**  
Bez. Posen, ist neu zu besetzen. Gute Wohnung, 12 Morg.  
erfolgreiches Land, schöner Obstgarten vorhanden. Bahnstation  
nahe gelegen. Angenehme Gemeindegemeinschaft. — Bewerbungen mit  
Lebenslauf u. Zeugnisabschr. unt. **8408** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Suche sofort f. frauenl., einf. Landhaushalt, nahe Poznań,  
bessere Wirtschaftlerin**  
mit den hierfür erforderlichen Kenntnissen. Es wollen sich  
nur schaffensfreudige Damen, ruhigen, bescheidenen Charakters,  
sowie gesetzten Alters melden. Polnische Sprache erwünscht.  
Offerten unter **8410** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Tih-Minh**  
Tragikomödie unter Mitwirkung von  
**René Creste**  
u. **Biscot**  
2 Serien, 12 Akten gleichzeitig im  
**Teatr Palacowy** plac Wolności 6.

Empfehlen antiquarisch, so-  
fort lieferbar:  
Joachim Neelbe's wunder-  
same Geschichte.  
Cooper, Der Pfadfinder.  
Kell, Von der Schulbank nach  
Afrika, gebunden.  
Balzac, Eugenie Grandet.  
Alt-Berliner Humor, geb.  
Eugenie, O. Jugend, geb.  
Hebels schönste Erzählungen  
aus dem Schatzkammer des  
rheinländisch. Hausfreundes  
gebunden.  
Seasfield, Die Prarie am Ja-  
cinto.  
de Nora, Tanzprinzessin, geb.  
Edda-Sagen. — Aus den  
Kriegsjahren 1806—1913.  
— Nordost-Sibirien. — Auf  
dem Seewege nach Indien.  
— Germanische Urzeit. —  
Cicero's Strandschiffen.  
Meyer's gr. Konv.-Lexikon.  
15 Bde., geb., 2. Aufl.  
Antiquarisch zu kaufen gesucht,  
nicht so alte Auflagen von:  
Brodhaus, großes Konver-  
sations-Lexikon.  
Meyer's großes Konver-  
sations-Lexikon.  
Kolland, Johann Christoph,  
Roman, 3 Bde.  
Angeboten mit genauer An-  
gabe der Auflage, des Preises  
und der Beschaffenheit sehen  
entgegen

Suche für die Zeit vom  
20. 7. 1924 auf die Dauer von  
2—3  
Wochen möbl. Zimmer  
für eine Dame aus Deutsch-  
land, bei nur vornehmer Ka-  
mille. Angebote unt. **8412**  
a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

**2 Haus-  
grundstücke,**  
freierwerb. Wohnung, 27 Morg.  
Land, Wiese, Wald, bei gering-  
Anzahlung zu verkaufen.  
Bermittlung auch große Objekte.  
**Oswald Schulz**  
Mejerisch, Schulstraße 13.

**Möbeltagen**  
auch außerhalb prompt und  
gewissenhaft führt aus Mag.  
Bernhardini, Möbelfabrikant,  
Mele Marcinkowskiego 3b.

Suche von sofort verheiratet  
oder ungetrauteten  
**Hofbeamten**  
der auch Buchführung und  
Gutsverwaltungsverhältnisse über-  
nimmt. Meldungen an  
**Dom. Czeslawice,**  
p. Ciepny—Poznańskie.  
pow. Wągrowiec.

**Brennerei-  
Berwalter,**  
verh., ohne Familie, sucht,  
gestützt auf gute Zeugnisse d.  
1. 8. 1924 oder später Stellung.  
Bin mit Maschinen u. elektr.  
Licht- u. Kraftanlage vertraut.  
**Roller, Brennereiverwalter**  
Ploicz, p. Kamień  
pow. Sepolno.

**Jüngerer  
deutscher Lehrer,**  
Stenograph, Handelsfachschul-  
bildung, wegen Liquidation der  
Schule frei sucht Stellung als  
Buchhalter, Korrespon-  
dent od. Gutsverwalter bzw.  
Rentmeister. Angebote u.  
**C. M. 8298** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

**Chausseur,**  
ev., beider Landespr. mächtig,  
mit sämtlichen kleineren Repa-  
raturen bestens vertraut, sucht  
sof. od. später Stellung. Gef.  
Ang. u. **8414** d. Geschäftsst. d. Bl.

**Cleven,**  
möglichst Landwirtsch. für  
mein 2500 Morgen großes Gut  
mit intensivem Obstbau und  
Starkesabril.  
**Wiezyński, Gnaszyn**  
Post Rojewo, Kr. Szamotuły.

**Besseres  
deutsches Mädchen**  
sucht bald oder v. 1. 8. 1924  
Stellung m. Familienanstell-  
für ein Taschengeld zur Hilfe  
im Haushalt. Off. u. **8390**  
an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Gebild. jung. Mädchen  
aus guter Familie**  
sucht von sofort Stellung. In  
Kinderpflege, Instandhalten  
der Garderobe und Haushalt  
erfahren. Angebote u. **A. G.**  
**8366** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

**Andacht in den  
Gemeinde-Synagogen.**  
**Synagoge A**  
Wolnica.  
Freitag, 18. Juli, abends 7 1/2  
Uhr.  
Sonntag, morg. 7 Uhr.  
Sonntag, vorm. 10 Uhr.  
Sonntag, nachm. 4 1/2 Uhr.  
Mitsch mit Vortrag.  
Sabbatausgang 9 Uhr 10 Min.  
Sonntag (Festen 17. August)  
morgens 7 1/2 Uhr.  
Festenausgang 9 Uhr 7 Min.  
Werktaglich morg. 6 1/2 Uhr,  
abends 8 Uhr.  
Nach der Morgenandacht Vor-  
trag über Malomides.  
**Synagoge B**  
(Israel. Brüdergemeinde)  
Ulica Dominikańska.  
Freitag, abends 7 1/2 Uhr.  
Sonntag vorm. 10 Uhr.

Soeben ist erschienen:  
**Fahrplan 1924**  
für Großpolen und Pommerellen  
mit Anschlüssen nach Danzig, Glogau, Berlin,  
Breslau, sowie Warschau, Krasau usw.  
**Preis 1 Zloty 25 Gr.**  
Nach auswärts unt. Nachnahme u. Portozuschlag.  
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt L. A.  
Zwierzyniecka 6 Poznań Zwierzyniecka 6

**Landwirtschaft im Freistaat!**  
250 Morgen, durchweg Weizen- u. Roggenboden, massive  
Gebäude, Herrenhaus m. 8 Zimmern u. Zubehör, ein zweites  
m. 4 Zimmern u. Zubehör, elektr. Licht- u. Kraftanlage, elektr.  
Motor u. Dreschmaschinen vorhanden. 20 Min. zu Fuß von der  
Bollbahn u. dicht an Chaussee gelegen. Gute Verhältnisse sehr  
gut. Reutehaus m. 5 Reutefamilien. Es ist Kindern Gelegenheit  
geboten, die Schule in Danzig zu besuchen, weil Vorortverkehr.  
Evgl. Kirche im Dorf. Übernahme kann sofort geschehen; zur  
Anzahl. sind 60—80 000 Gulden od. Gegenwert erford. Das  
Grundst. ist schuldenfrei. Es wollen sich nur ernste Reflekt.,  
denen obige Anzahlg. zur Verfügung steht, bei der Güteragentur  
Rathenow, Danzig, Vorstadt, Graben 21, von 9—3 Uhr,  
melden. Sogen. Forscher erh. keine Auskunft. Mehrere kleinere  
Landwirtschaften habe ich noch im Freistaat zu verkaufen.

**Franfurter  
Oder-Zeitung**  
Das seit einem Jahrhundert eingebürgerte  
Heimatblatt des Brandenburgers  
**Größe und weitans verbreitetste  
Zeitung der Provinz Brandenburg  
und der deutschen Ostmark.**

Kleine Anzeigen (Grundstück- und Stellen-  
markt) sind von größter Wirkung. Nach Ver-  
breitung und Reichhaltigkeit des Anzeigentelles  
ist die „Frankfurter Oder-Zeitung“ das  
**Hauptanzeigenblatt  
des mittleren deutschen Ostens**

**Transportable Kachelöfen**  
in erstklassiger Ausführung liefert  
**M. Perkiewicz, Ludwikowo** P.  
Mosina.

Ausschneiden! Ausschneiden!  
**Postbestellung.**  
An das Postamt in  
Unterzeichneter bestellt hiermit  
**1 Posener Tageblatt (Posener Warte)**  
für den Monat August 1924  
Name .....  
Wohnort .....  
Postamt .....  
Straße .....

**Manila - Bindegarn**  
**Erntepläne**  
**Ernterechen - Zinken**  
**Schlagleisten**  
Liefen preiswert sofort vom Lager  
**Schiller & Beyer**  
Maschinen u. Eisenwaren für die Landwirtschaft.  
Poznań, ul. Towarowa 21 (neben C. Hartwig).

**Witwe,**  
alleinstehend, evangel., aus gutem Hause, in mittleren  
Jahren, kinderlos, mit gutem Charakter, Herzensbildung u.  
eingerichteter größerer Wohnung, kleinem Geschäft und etwas  
Vermögen, wünscht auf diesem Wege die Bekanntschaft eines  
soliden, edelbedenkenden, gebildeten, deutschen Herrn im Alter  
von 50—55 Jahren, kinderlos (evtl. 1 Tochter), in gesicherter  
Stellung (oder Geschäft)  
**zweck & Heirat**  
zu machen. Ernstgemeinte Offerten bitte zu richten an  
**Olga Michel, Łódź, Konstantiner Str. 24, I. Etage.**

Gut erhaltenes  
**Klavier**  
(erstklassiges Fabrikat)  
zu verkaufen.  
Poznań, ul. Mateckiego 15,  
II. Etage rechts.

Möbl. gr. Vorderzimmer  
2 Fenster, sonnig gelegen, zum  
1. August cr. an besseren be-  
rufstätigen Herrn zu vermieten.  
**Mateckiego 12 II.**  
2. Haus, Vorder-Gang, bei  
der Bäckerei u. Konditorei.  
Haltestelle: Botanischer Garten.

**Geschäftsgrundstück**  
in der Kreisstadt Nimpitz,  
Bez. Breslau, am Ring, mit  
freierstehender Wohnung, Hof  
und Wirtschaftsgebäude. Ist  
sofort preiswert zu verkaufen.  
Zu erfragen bei  
**Gustav Ulrich, Hoincti,**  
Kowiat Odolanów.

**Wer sein Grundstück in  
Polen verkaufen  
od. nach Deutschland  
ob. nach Danzig verkaufen  
will, verlange die kostenlofe  
Zusendung meiner Verkaufs-  
und Kaufbedingungen nebst  
Prospekt über**

**80 Grundstücke**  
in Deutschland und Danzig,  
deren Besitzer nach Polen  
tauschen wollen.  
Die II. Abteilung meines  
Unternehmens empfehle ich beim  
Kauf, Verkauf, Regulierung u.  
Zinssatz von Hypotheken,  
Depositen, Aktien und  
Forderungen jeder Art in  
Polen, Deutschland u. Danzig.

**Edmund Suwalski,**  
Bydgoszcz,  
ul. Śniadeckich 2. Tel. 590.

**Damenwäsche,**  
Herrenwäsche, Leinen, Stiche-  
reien. Ständig gute Auswahl!  
Scharf kalkulierte Preise!  
Sluchniński, Król u. Doleżał,  
Poznań, 8. Maja 4.

**Seidenspiß**  
(Schokkündchen)  
rafferein. ca. 5 Mon. alt, zu  
verf. im Café Bäderstr. 19.

Wir empfehlen folgende neuen Werte zur  
Anschaffung:  
**Das Weltreich der Technik.**  
Entwicklung und Gegenwart von Arthur Facki.  
I. Bd.: Gr. 40, 316 Seiten, mit 561 Abbildungen im  
Text, 23 meist buntfarbigen Tafeln und 3 Facsimiles.  
In Ganzleinen gebunden.  
II. Bd.: Verkehr auf dem Lande (Straße, Wagen, Fahr-  
rad, Kraftfahrzeuge, Eisenbahn, Stadtschnellbahnen, Straßen-  
bahnen usw.)

**Ullstein's Welt-Atlas.**  
Das Weltbild von heute.  
229 Haupt- und Nebentafeln. Reichhaltiges statistisches  
Material. Ausführliches Verzeichnis der Ortsnamen.  
Höchste praktische Brauchbarkeit in dauerhaftem Halbleder-  
band. (Probefartenblatt ist vorrätig und kann bei uns  
eingesehen werden.)

**Aus Deutschlands schwerster Zeit.**  
Sammelalbum.  
Deutsche Zahlungsmittel aus den Jahren 1914—1924  
mit ant. Lederband und Goldprägung; enthält die  
Originalscheine der Reichsbank von 1 Mark bis 100 Mark,  
außerdem Notgeldscheine der Reichseisenbahn und der  
Bundesstaaten.

**Europäisches Holz-Adressbuch**  
**Europejska Drzewna Księga Adresowa**  
in 4 Sprachen, polnisch, französisch, englisch, deutsch. Jede  
Sprache ein Extraband. Enthält: Holz-Export, Holz-Import,  
Maschinenfabriken für Holzbearbeitung usw.  
Bestellungen nehmen entgegen  
**Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt L. A.**  
Abteilg. Versandbuchhandlung. Poznań, Zwierzyniecka 6.

**„A D A“**  
Dom Handlowy  
Poznań, Stary Rynek Nr. 42  
kauft  
**Johannisbeeren**  
**Himbeeren**  
**Preißelbeeren**  
**Sauerkirschen**  
und alle Arten Obst.

**Tücht. Buchbinder**  
mit Färbefabrikation ver-  
traut, kann sich melden. Aus-  
führliche Angebote sind zu  
richten an die Geschäftsstelle  
der Posener Zeitung G.  
m. b. H., Wąbrzeźno (Pomorz).

**Eingetroffen:**  
**Brabanter Sardellen**  
**Prima Matjesheringe**  
**Johannisbeerwein.**

Die geehrten Mitglieder  
werden gebeten, die rück-  
ständigen Geschäftsanteile  
alsbald einzuzahlen.  
**Konsumverein**  
sp. z. ogr. odp. ul. Wąsłowa 8.

## Aus Stadt und Land.

Posen, den 17. Juli.

## Die Wählerlisten einsehen!

Die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen liegen bis zum 30. Juli zur Einsichtnahme im Rathaus I. Stock Zimmer 15 aus. Wir empfehlen einem jeden, sich jetzt gleich zu Anfang davon zu überzeugen, ob er überhaupt und richtig in der Liste steht, weil zu Anfang bekanntlich kein großer Andrang ist; später ist das mit Zeitverlust verknüpft. Einsprüche sind beim Magistrat anzubringen. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf bei den im Oktober stattfindenden Wahlen sein Wahlrecht nicht ausüben.

Die Krankenkasse hat das Ausliegen der Wählerlisten um 3 Tage, bis Sonnabend, 19. d. Mts., abends 8 Uhr verlängert. Auch hier empfehlen wir den wahlberechtigten Mitgliedern dringend, soweit sie es bisher noch nicht getan haben, die Listen einzusehen. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf am 14. September sein Wahlrecht nicht ausüben.

## Außerordentliche Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Ferienfeier des Stadtparlamentes begann mit einem Nachruf für den am Sonntag verstorbenen Krakauer Stadtpräsidenten Federowicz. Wie der Versammlungsleiter, Stadtd. Hedinger, mitteilte, ist gleich nach dem Eintreffen der Todesnachricht von Seiten des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung eine Beileids-Depesche abgeschickt worden. Stadtpräsident Ratajski hat am vorgestrigen Begräbnis in Krakau teilgenommen und im Namen der Stadt Kränze niedergelegt.

Nach dem Nachruf wurden dem Magistrat Ferienvollmachten für terminelle Angelegenheiten erteilt. Der Stadtpräsident ergriff dann das Wort zur

## Frage der Stadtverordnetenwahlen.

die zum Herbst angedacht worden sind. Doch soll die Amtsperiode der Stadtverordnetenversammlung auf gesetzlichem Wege eine Verlängerung erfahren. Es besteht die Möglichkeit, daß der betreffende Entwurf, der vom Verwaltungsausschuß des Sejm angenommen worden ist, noch in der jetzigen Ratsitzung durch Sejm und Senat zugehen beschließen wird.

## Die Frage des Mittelschulcredits

bildete den ersten Punkt der Tagesordnung, der Widerspruch angenommen wurde. Zur Regelung der Rechtsverhältnisse auf dem Gebiete des hiesigen Mittelschulwesens hat das Kultusministerium dem Kuratorium Verhandlungen mit den interessierten Gemeinden über die Unterhaltung der Mittelschulen aufgetragen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen macht das Ministerium das Weiterbestehen der Mittelschulen des hiesigen Bezirks abhängig. In der vom Kuratorium in dieser Frage einberufenen Konferenz erklärten die Stadtvertreter unter dem Vorbehalt der Zustimmung der städtischen Körperschaften ihre Bereitschaft zur Annahme verschiedener Verpflichtungen. So übernimmt die Stadt u. a. ein Drittel der Personalausgaben, die Ausgaben für Unterrichtsmittel, Schul- und Lehrerbibliotheken usw. Den Verpflichtungen steht auf der anderen Seite der Vorbehalt der Stadt gegenüber, daß die Ernennungen der Schulleiter, wie der Lehrkräfte nur im Einvernehmen mit dem Magistrat stattfinden können. Der Annahme der unterbreiteten Bedingungen durch die Schuldeputation und den Magistrat schloß sich die Stadtverordnetenversammlung an und bewilligte einen Zusatzkredit für das Schulbudget in Höhe von 45000 Zloty, der in erhöhten Einkünften seine Deckung finden soll.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die am 16. April d. J. beschlossenen Sitzungen über

## die Geschäftszeit in Posen.

Es handelte sich um eine Änderung des Wortlauts des ersten Paragraphen, in dem von Handels- und Industriebetrieben die Rede ist, während sich die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung nur auf die letzteren erstreckt. Der zuständige Arbeits- und Wohlfahrtsinspektor verlangte eine entsprechende Textberichtigung, und die Stadtverordnetenversammlung beschloß die Ausschließung der Industriebetriebe aus dem Wortlaut.

Amerik. Copyright by Carl Duncker, Berlin W. 62.

## Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Niemasch.

(Nachdruck unterlag.)

(67. Fortsetzung.)

„Vetter“ rief er, „was führt Dich her? Willst Du Dich etwa für einen Tanzkursus anmelden, oder?“ — er sah in Martins verstörtes Gesicht — „ist etwas passiert?“

Martin zog ihn in eine Ecke, informierte ihn kurz über alles, was geschehen.

Eberhard rauchte rasch und nervös eine Zigarette, hörte ihm aber mit größter Spannung zu.

„Zur Strecke gebracht!“ sagte er dann. „Einmal mußte es kommen. Und Gertraude?“

„Ihre Wege kommen ich. Wollt Ihr sie aufnehmen?“

„Das ist selbstverständlich,“ war die Antwort. Von sechs bis acht sind wir frei. Dann kann Irene zu ihr hinausfahren und sie gleich mitbringen, vorausgesetzt, daß sie will.“

„Sie wird wollen,“ sagte Martin überzeugt. Und ich werde Euch das nie vergessen, Eberhard.“

„Mach keine Geschichten,“ lachte Schluchow und drückte ihm warm die Hand. „Aber Du mußt entschuldigen, Dienst ist Dienst, ich muß zu meinen Hosenmäßen. Wenn Du willst sprich abends gegen 11 Uhr noch einmal bei uns vor.“

Stumm und bescheiden stand Martin noch auf der Bühne. Menschen umdrängten, beglückwünschten ihn.

Denn die Aufführung der „Weltbürger“ war der Sieg geworden, den Dr. May vorausgesehen hatte.

Unter dem Nachklang der Ereignisse, die die Gemüter immer noch erregten, war die Wirkung wohl noch unmittelbarer und nachhaltiger gewesen. Nach der Spannung brachte das Drama Befreiung, Erlösung. Nach dem Weg hinab zeigte es den Weg hinauf.

Dr. Mays liebevolle und gleichzeitig vollzogene Regie hatte jeden Akt, jede Szene zu einem Juwel geschnitten. Das Leben, das Martin von innen gab, ergänzte er durch das Fluidum von außen. Wie von einem strahlend gepaarten Bogen schnellte Pfeil um Pfeil mitten ins Schwarze hinein. Es gab Ausritte, die ein minutenlanges Stumm des Beifalls unterbrach, und andere, wo man den Atem zurückhielt und in ein von tiefstem Mitleiden erfülltes Schweigen versank.

Die Ortszuschläge für die Lehrerschaft sollten nach der Vorlage des Magistrats differenziert werden, d. h., es sollte eine Staffellung nach den einzelnen Bildungsgraden vorgenommen werden. Dabei wurden den Mittelschulen höhere Pausätze zugesprochen. Der Magistrats-Vorlage auf eine Lehrerverbandspetition um Anpaßung der Zuschläge an die Dienstjahre bzw. die Lehrpraxis. Die Schuldeputation befaßte sich damit und beschloß die Rückkehr zu den vor dem 1. Januar 1924 geltenden Grundätzen mit einer Modifizierung betreffs Berücksichtigung der Praxis.

Vertreter der Linken der Stadtverordnetenversammlung nahmen nun Stellung gegen die Klassifizierung und traten für einheitliche Sätze ein. Die Linke lehnte ihren Antrag durch.

Die Vorlage über die Schaffung von Einrichtungen zur

## Produktion von Kohlenkuppelgas

in der Gasanstalt wurde ohne Widerspruch angenommen. Begründet wird sie mit verschiedenen Vorteilen, die aus der Neueinrichtung erwachsen sollen. U. a. soll die völlige Vergasung des Kohlenbedarfs verringern und eine übermäßige Koksproduktion, deren Abfall namentlich im Sommer schwierig ist, vermeiden. Ferner wird die Ersparnis an Betriebsunterhaltungs- und Arbeitskosten ins Treffen geführt. Der Gewinn der Gasanstalt wird auf ungefähr 100 000 bis 200 000 Zloty jährlich angenommen. Der Bauabschluß der Licht-, Gas- und Wasserwerdeputations wurde von der Stadtverordnetenversammlung gebilligt. Die Kosten sind auf ungefähr 120 000 Zloty veranschlagt und sollen aus dem Einrichtungsneuerungs-fond gedeckt werden.

## Über den Bau von Wohnhäusern

berichtete Stadtd. Wallenstedt von der Nat. Arbeiterpartei. Am 2. April war der Magistrat zum Bau zweier Wohnhäuser zu je 8 Wohnungen auf dem Gelände neben dem Radzinski-Port ermächtigt worden. Inzwischen hat der Magistrat vom ursprünglichen Plan Abstand genommen und ist an den Bau eines Wohnhauses für 20 Familien auf demselben Gelände herangetreten. Da sich der im April bewilligte Kredit in Höhe von 50 000 Zloty als unzureichend erwiesen hat, der Bau aber notwendig ist wegen der Niederreißung städtischer Gebäude in der ul. Chwaliszewo 40, 41 und 43 und der Delegation der dort wohnenden Mieter, wurden weitere 10 000 Zloty bewilligt. Der Bau von zwei weiteren Wohnhäusern auf demselben Grundstück soll den Eintrittskosten zugute kommen und macht nach dem Kostenanschlag die Ausgabe von ungefähr 120 000 Zloty notwendig, die bewilligt wurden.

Die Vergütung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer wurde auf 2 Zloty ohne Differenzierung hinsichtlich der Verhandlungsdauer festgelegt.

Eine Vorlage über die Erhebung von Grundstücksbesitzwechselsteuern wurde auf Antrag des Stadtd. Ziembiski an den Rechtsausschuß verwiesen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung (Zusatzverklärung verschiedener Titel des Budgets der Städtischen Milchfische für 1923) richtete der Stadtd. Sujat an den Magistrat das Verlangen, beim Starostwo Grodzkie in Sachen der Milchkontrolle einzukommen.

Nach weiteren Titelverklärungen kamen Parzellenangelegenheiten zur Sprache, die den Schluß der Sitzung bildeten.

## Wieviel wird am Tabak verdient?

Das Finanzministerium hat eine Verordnung erlassen, die den Geschäftsabatt für alle Verkäufer von Tabakwaren mit Ausnahme von Zigarren und Zigaretten aus privaten Fabriken wie folgt festsetzt:

1. 14,5 Prozent des Kleinhandelspreises für Großhändler, welche die Tabakwaren aus dem Verkaufsmagazin bzw. aus der staatlichen oder privaten Fabrik ihres Bezirks entnehmen; 2. 15 Prozent des Kleinhandelspreises für Großhändler, welche die Tabakwaren aus Magazinen oder Fabriken außerhalb ihres Bezirks entnehmen. Für Zigarren und Zigaretten aus Privatfabriken kann den Verkäufern ein höherer Rabatt bewilligt werden, der jedoch 20 Prozent des Kleinverkaufspreises für Großhändler und 15 Prozent für Kleinverkäufer nicht übersteigen darf.

## Esst keine unbekannten Pilze!

Das Allerheiligenhospital in Breslau erläßt folgende Warnung:

Wieder einmal sind mehrere Mitglieder einer Familie dem Genuß giftiger Pilze zum Opfer gefallen, die abgesehen, soweit sie von dem Pilzgeruch gegessen haben, liegen schwerkrank daneben. Für die Schwere der Vergiftung ist die Menge der gegessenen Pilze in der Mehrzahl der Fälle ohne Belang. Von entscheidender Bedeutung dagegen ist es, daß möglichst sofort nach Auftreten der ersten Vergiftungserscheinungen — meist Erbrechen und Durchfälle — die betroffenen Personen sich in Krankenhausbehandlung begeben, denn nur in Krankenhäusern stehen die zur Behandlung unerlässlich nötigen

Hilfsmittel zur Verfügung, und je eher eine zweckmäßige Behandlung eingeleitet wird, desto größer sind die Aussichten auf Heilung der sonst in hohem Prozentsatz (70 Prozent) tödlichen Vergiftungen. Oft aber gelingt es, selbst schwererkrankte, benommene Personen noch zu retten, so daß zu stummer Resignation wirklich kein Grund vorliegt. Andererseits aber darf die eingeleitete Behandlung keinesfalls vorzeitig abgebrochen werden, da die letzten Erscheinungen erst nach etwa vierzehn Tagen geschwunden zu sein pflegen.

Personalnachricht. Der Landeshauptmann (Starosta Krajowy) Wegale ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte am 14. d. Mts. wieder übernommen.

Eisenbahnverkehr. Von der Eisenbahndirektion geht uns folgende Mitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung zu. In der Nacht zum 16. d. Mts. wurde zwischen Posen—Straßow und Putno durch Umsteigen am Unterbrechungsort (zwischen Konin und Patrylowo Kilometer 71,6) eine zweite Verbindung durch die Züge 1814/1851 eingeführt. Diese Züge haben in Putno Anschluß an den Zug, der um 9,48 Uhr vormittags in Warschau bzw. um 7,15 Uhr abends aus Warschau abgeht. Aus der Posener Direktion wird der Zug 1814 zum angegebenen Kilometerstein um 7,30 Uhr abends aus Posen abgehen. Konin Ankunft 11,43 Uhr nachts, Abf. 1,55 nachts, Kilometer 71,6, Anf. 2,15 (hier umsteigen). In der rückwärtigen Richtung: Zug 1851, Kilometer 71,6, Abf. 3,10 Uhr nachts, Konin Ankunft 3,35 Uhr, Abfahrt 4 Uhr, Posen Ankunft 7,40 Uhr früh. In der Warschauer Direktion werden folgende Züge verkehren: Zug 1851 a Putno Abfahrt 11,20 Uhr nachts, Kilometer 71,6, Ankunft 2,25 Uhr nachts, und Zug 1814 a, Kilometer 71,6, Abfahrt 3 Uhr nachts, Putno Ankunft 6 Uhr morgens. Durch die genannten Züge wird mittels Umsteigens beim Kilometerstein 71,6 eine Nachtverbindung geschaffen.

Unzulässiges Tragen ausländischer Ordensauszeichnungen. Das Starostwo Grodzkie weist auf die Verfügung des Innenministers vom 4. Juni d. J. hin, die im Einvernehmen mit dem Präsidium des Ministerrates und dem Außenminister erlassen wurde. Nach dieser Verfügung ist für polnische Staatsbürger das Tragen von Zivilauszeichnungen oder militärischen Orden, Kreuzen, Medaillen, Ordensbändern usw., die seinerzeit von den Regierungen der Teilsgebiete verliehen wurden, unbedingt unzulässig. Die im Artikel 96 des Verfassungsgesetzes eingeräumte Erlaubnis des Staatspräsidenten wird für diese Auszeichnungen nicht erwirkt.

Die Registrierung der Reservoffiziere. Mit dem 31. Dezember 1924 wird die Registrierung der Reservoffiziere endgültig abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit macht das Kriegsministerium darauf aufmerksam, daß alle Reservoffiziere, die sich bis zu diesem Termin nicht beim Bezirkskommando zur Registrierung gemeldet haben, das Recht auf den Offiziersgrad verlieren und in den Stammrollen als Gemeine geführt werden.

Die Unterhaltungskosten einer Arbeiterfamilie im Gebiete der Wojewodschaft Posen waren nach Mitteilung des Statistischen Amtes in Warschau im April d. J. um 2,2 Prozent niedriger, als im März d. J.

Die Preise für Textilzeugnisse zeigen, der „Rzeczp.“ zufolge, abgleitende Tendenz. In den letzten Tagen hätten die Kleinhändler die Preise wieder um 10 bis 15 Prozent herabgesetzt. Trotz dem aber können sie ihre Waren nicht recht los werden, weil das Publikum sich in Erwartung weiterer Preisniedrigungen zum Kauf zurückhält.

Die Eisenbahn-Güterkasse ist für das Publikum von 8 bis 12 Uhr, am Sonnabend von 8—11 Uhr geöffnet.

Empfehlenswerte Dienstmädchen. Ein bei einer hiesigen Herrschaft in der ul. Arcegiowa Maja (fr. Theaterstraße) beschäftigtes 22jähriges Dienstmädchen Marja Stankowska erhielt dieser Tage den Besuch einer Freundin, des 23jährigen freilebenden Dienstmädchens Walerja Nowicka aus Napachanie, Kr. Posen-West, und gewährte ihr auf deren Bitte ohne Wissen der Herrschaft Unterkunft. Schließlich verabredeten beide, einen großen Diebstahl bei der Herrschaft auszuführen. Während die Hausfrau gestern mit ihrer „Perle“ auf dem Wochenmarkt war, räumte die Freundin die Wohnung aus, verpackte die Werte in Körbe, und fort ging's auf einem Wagen nach Napachanie. Die Polizei witterte jedoch sehr bald den Sachverhalt und kam in Kraftwagen gerade zu rechter Zeit in Napachanie an, als die Nowicka die Sachen auspackte. Die Sachen wurden der Herrschaft zurückgegeben, die beiden „Perlen“ wurden in Untersuchungshaft genommen.

Um 200 Zloty durch einen alten Erbd geprellt wurde gestern ein Fleischmeister von außerhalb, als er bei der Fabz Stardoma Geld einwechseln wollte. Jemand ein Mann von der Straße, den er von seiner Abicht unterrichtete, versprach ihm, ihn zur prompten Erledigung

Und er las in Gertraudes feinen, etwas altmodischen Schriftzügen:

„Mein lieber Martin! Ich weiß, was Sie heute bewegen muß, und es bewegt mich mit. Ich wußte immer, es würde ein Sieg sein. Nun fliegen Sie weiter zu der Sonne! Ich war heute wie täglich bei Vater. Und ich möchte Ihnen sagen, was er mir für Sie aufgetragen hat: Marianne ist frei!“

Gertraude.“

Er ließ den Brief sinken. Etwas Feuchtes, Warmes drängte hinter seinen Augen. Er ahnte hinter den wenigen Zeilen, was sich dort zur letzten Entscheidung durchgekämpft hatte.

Und im Geiste neigte er sich schweigend und in Ehrfurcht vor der kleinen, unscheinbaren Gestalt, die auch aus dem tiefsten Dunkel Licht, nur Licht geben wollte.

Er drückte den Brief an seine Lippen. „Habe Dank...“

Nun war er zu einem schweren Gang entschlossen.

Als die kleine Tafelrunde das erste Glas auf ihn erhob, schüttelte er den Kopf.

„Nein“, sagte er, „wir wollen es auf Gertraudes Ruhe leeren.“

Schweigend tat man sich Bescheid.

Der Theaterabend beherrschte natürlich das Gespräch. Aber ob man wollte oder nicht, man glitt immer wieder auf den „Fall Robbe“ zurück.

„Er wird die Katastrophe nicht lange überleben,“ sagte Irene. „Er ist ein kranker und zerbrochener Mann geworden.“

Solche Naturen brauchen die Gefahr, den Sturm, die Menschen — aber vor allem die Freiheit. So sieht er dahin.“

„Und weißt Du Näheres über das mysteriöse Verschwinden dieses Redlich und des Inspektors aus Eichen?“ wollte Eberhard wissen.

„Nein,“ sagte Martin, „Es ist alles noch in tiefes Geheimnis gehüllt. Diese Irma Rosputa, die man gleich als erste verhaftet hat, steht sicher irgendwie im Zusammenhang mit dem Ganzen. Sie ist aber vorläufig unzurechnungsfähig und sagt nichts aus. Sie betet den ganzen Tag. Vermutlich war es ein Eifersuchtsdrama. Die erschossene Dogge, der aufgefundenen Revolver, das Flugzeug — alle Requisiten zum Film sind da. Uebrigens ging von Redlich die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und die Veröffentlichung der Dokumente aus. Und nun weiß man, daß er einer der Reissenden für das Buchhaus war.“

(Schluß folgt.)

